

FREIHEIT
FÜR
SACHAROW

Als die DDR Mandela befreien wollte

In den 80ern scheiterte der ehrgeizige Versuch, die inhaftierten Bürgerrechtler Sacharow und Mandela auszutauschen. Seite 25

Fotos: imago/Sven Simon, Getty/Sergei Guneyev, AFP/Trevor Samson (2x)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 24./25. Oktober 2015

70. Jahrgang/Nr. 248

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT Neuer Trumpf im alten Kampf

Katja Herzberg zur Blockade einer Linksregierung in Portugal

Es ist mehr als eine Anmaßung. Die Entscheidung von Portugals Präsident Aníbal Cavaco Silva, seinen Parteifreund wieder zum Ministerpräsidenten zu ernennen, strotzt vor Wahnwitz. Und doch ist der Vorzug für Pedro Passos Coelho statt des Chefs der Sozialisten, António Costa, so berechnend: Die Linke im Land darf nicht zurück an die Macht. Das Ziel wurde seit der Nelkenrevolution von 1974 stets erreicht. Und droht nun erneut zu ihrem Schicksal zu werden – entgegen dem Wählerwillen und unter dem Deckmantel eines pervertierten Demokratieverständnisses. Portugal steht eine lange Phase des weiteren Wahlkampfes bevor.

Der Linken soll so ein historischer Sieg in doppelter Hinsicht genommen werden: Sie kann vorerst nicht das Ende der Austeritätspolitik im Land einläuten. Frühestens im Mai 2016 könnte sie aus Verfahrensgründen auf die Regierungsbank wechseln. Voraussetzung dafür war und ist eine Einigung im Lager der Parteien von links der Mitte bis zu den Kommunisten – sie ist entgegen allen Erwartungen gelungen. Sozialisten, Linksblock und CDU galten als zerstritten. Doch nun haben sie ihre Chance erkannt.

Dieser Triumph wiegt etwas schwerer als das Wahlergebnis vom 4. Oktober. Er könnte zum Trumpf bei Neuwahlen werden, die noch mehr Abstimmung über den Regierungswechsel wären. Das Auftreten der Konservativen als schlechte Verlierer und Gefährder der politischen Stabilität des Landes sollte den Linken bereits in die Hände spielen.

UNTEN LINKS

Achtung, Leserinnen und Leser, dies ist ein ernst gemeinter Hinweis: In der Nacht zum Sonntag findet die **Zeitmstellung** statt. Ja, wir wissen, es nervt. Allein schon diese Anleitung: »Um drei Uhr nachts wird die Uhr um eine Stunde zurückgestellt.« Das ist natürlich lästig, wie zwei Drittel der Deutschen finden. Mitten in der Nacht aufstehen, alle Uhren im Haushalt aufsuchen, möglichst nirgends schlaftrunken anstoßen. Und dann die Kollateralschäden: gestörter Biorhythmus, Schlafprobleme, schlechte Laune. Da kommt man ganz schwer wieder raus, und wenn man nicht aufpasst, landet man irgendwann auf fragwürdigen Demos. In Doppeldeutschland wurde die Sommerzeit 1980 eingeführt. Damals regierten die Herren Schmidt und Honecker. Einer von beiden lebt noch, aber dass wir seinetwegen immerzu die Uhren vor- und zurückdrehen müssen, wird verschwiegen. Man sollte Uhren-Schmidt mal vor einen Untersuchungsausschuss bestellen. wh

ISSN 0323-3375



AfD radikalisiert sich

Trotz massiver Kritik am Thüringer Landeschef legt die Partei bei den Wählern zu



Unterschied? Wer es wissen wollte, konnte schon zur Europawahl 2014 wissen, was Geistes Kind die Rechtspartei AfD ist.



Montage: nd

Berlin. Die Alternative für Deutschland weitet ihre Proteste gegen Flüchtlinge aus. An diesem Sonnabend will die Partei in der Hauptstadt aufmarschieren. Seit dem aggressiven Auftreten des Thüringer AfD-Chefs bei Günther Jauch hält die Debatte an: Wie weit rechts steht die Partei? Manche fühlen sich bei Björn Höckes Worten an SA und NSDAP erinnert; mangelnde Distanz zur NPD und der Neuen Rechten wird dem 43-Jährigen schon länger vorgeworfen.

Auch die AfD-Bundesspitze distanzierte sich. Nicht aus inhaltlichen Gründen, wie der Düsseldorf Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler im nd-Interview erklärt, sondern weil Höcke drastisch ausspricht, was andere nur leise denken. Vor allem jedoch fürchteten die Vorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen um ihre Macht. »Höcke schickt sich an, in der AfD das Ruder zu übernehmen«, so Sozialwissenschaftler Häusler, der NPD und AfD gleichwohl nicht auf eine Stufe stellen würde.

Ob eine AfD auf Höcke-Kurs weniger Erfolg beim Wähler hätte, ist offen. Häusler ist überzeugt, dass rechts von CDU und CSU Platz für eine rechtspopulistische Partei wäre. Die dürfe jedoch nicht »im Geruch des offenen Rechtsextremens« stehen. Betrachtet man die Umfragen, hat Höckes Auftritt offenbar nicht geschadet. Die AfD konnte laut Infratest dimap sogar zwei Prozentpunkte auf acht Prozent zulegen. Die Forschungsgruppe Wahlen sieht sie unverändert bei sechs Prozent. iw Seiten 5 und 13

Portugals Linke ausgebootet

Konservativer Passos Coelho zum Premier ernannt / Opposition will Minderheitsregierung stürzen

Portugal blickt in eine ungewisse Zukunft. Der konservative Ministerpräsident Passos Coelho soll ohne absolute Mehrheit weiterregieren. Die Opposition will das nicht akzeptieren.

Von Ralf Streck

Die Befürchtung wurde zur Gewissheit: Portugals Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva hat den bisherigen Ministerpräsidenten Pedro Passos Coelho am Donnerstagabend erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Der Konservative hat so die eigene Vorgabe für die Sondierungsgespräche nach der Parlamentswahl vor drei Wochen missachtet. Er hatte auf eine »stabile Regierung« gepocht. Dies war jetzt aber nicht ausschlaggebend: »Unter Beachtung, dass in den letzten 40 Jahren der portugiesischen Demokratie stets der Wahlsieger die Verantwortung zur Regierungsbildung übertragen bekam, habe ich Pedro Passos Coelho zum Ministerpräsidenten ernannt«, begründete der Staatschef seinen Entschluss in einer Fernsehansprache. Parteifreund Passos Coelho soll weiterregieren, obwohl die von ihm geführte Koalition »Portugal

voran« (PàF) die absolute Mehrheit bei der Parlamentswahl am 4. Oktober klar verloren hatte. Das Bündnis kam auf 38,6 Prozent der Stimmen, es verfügt über 107 der insgesamt 230 Sitze im Parlament und kann damit nur eine Minderheitsregierung bilden. Die linke Opposition unter Führung der Sozialistischen Partei (PS) will Passos Coelho zu Fall bringen. Die PS beschloss in der Nacht zum Freitag in Lissabon, einen entsprechenden Antrag zu Beginn der neuen Legislaturperiode einzubringen. PS-Sprecher João Soares sagte: »Diese Regierung ist nicht überlebensfähig.« PS-Chef António Costa beansprucht ebenso den Posten des Regierungschefs und hatte Passos Coelho für eine Große Koalition eine Absage erteilt. Costa will mit einem Linksbündnis vom derzeitigen Sparkurs abrücken. Er hatte sich mit dem marxistischen Linksblock (BE) und der grün-kommunistischen CDU auf eine Zusammenarbeit geeinigt. Damit könnte der PS-Vorsitzende auch die Vorgabe von Cavaco Silva umsetzen, »eine stabile Regierung« zu bilden, die zudem

den »Wählerwillen respektiert«. Das Bündnis, das die Austeritätspolitik beenden will, hat eine klare Stimm- und Sitzmehrheit im Parlament.

Ihre Vertreter äußerten denn auch ihren Unmut über Cavaco Silvas Entscheidung. Der Kommunisten-Chef Jerónimo de Sousa

»Diese Regierung ist nicht überlebensfähig.«

João Soares, PS-Sprecher

beschuldigte den Präsidenten am Freitag, wie der Repräsentant der Konservativen zu handeln. Der Staatschef gehe auf »Konfrontation mit der Verfassung« und »erpresst die Parlamentarier«. Er sei für die nun eintretende »Instabilität« und die daraus rührenden »Konsequenzen« verantwortlich.

Passos Coelho muss jetzt eine Regierung bilden und zehn Tage nach ihrem Amtsantritt ein Programm vorlegen. Sollte dieses von den Abgeordneten im Parlament abgelehnt werden, muss die Regierung zurücktreten. Neuwahlen wären die Folge. Die können je-

doch frühestens im Mai nächsten Jahres stattfinden. Sie müssen vom Staatschef angeordnet werden. Dies ist ihm innerhalb der letzten sechs Monate seiner Amtszeit aber nicht erlaubt – schon Ende Januar steht die Präsidentenwahl an. Wenn der neue Staatschef dann eine vorgezogene Parlamentswahl ausruft, würden etwa weitere drei Monate vergehen, bis es tatsächlich zum Umengang kommt.

Längst ist die Auseinandersetzung unter den portugiesischen Parteien eine europäische Frage. Der sozialdemokratische Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, hatte es als »verständlich« und »wünschenswert« bezeichnet, dass Costa neuer Regierungschef wird. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas, Sergei Stanislaw, hält ein Linksbündnis für den »einzigsten Weg«, um Stabilität zu garantieren. Ganz anders sehen das die Europäischen Konservativen. Bei ihrem Parteikongress in Madrid stärkten sie Passos Coelho und dem spanischen Premier Mariano Rajoy den Rücken. Mit aller Macht soll verhindert werden, dass Rajoy dasselbe Schicksal widerfährt. Bundeskanzlerin Angela Merkel rief aus: »Es lebe Mariano!« Seite 6

Panzer für Katar – kein Problem für Kanzlerin in Berlin

Opposition verweist auf Jemen-Krieg

Berlin. Die Bundesregierung hat die Lieferung von »Leopard«-Kampfpanzern an den Golfstaat Katar verteidigt. Die ersten Panzer sind bereits auf dem Weg ins Empfängerland. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die 2013 von der damaligen schwarz-gelben Regierung genehmigte Lieferung »nach wie vor vertretbar«, sagte die Vize-Regierungssprecherin Christiane Wirtz am Freitag.

Der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Jan van Aken, meinte, die Regierung habe bei den Waffenexporten »jegliche Hemmung« verloren und mache sich »mitschuldig an den Toten in Jemen«. Katar beteiligt sich an der von Saudi-Arabien angeführten Militäraktion in Jemen. Auch die Rüstungsexpertin der Grünen, Agnieszka Brugger, hält den Panzer-Deal für »absolut verantwortungslos und sicherheitspolitisch wahnwitzig«. Die von Krauss-Maffei-Wegmann beantragte Lieferung umfasst 62 »Leopard-2« und 24 Panzerhaubitzen. Wert: zwei Milliarden Euro. hei Kommentar Seite 2

Asylgesetze gelten bereits ab Samstag

Erste Abschiebungen nächste Woche
Koalition einigt sich auf Transitzonen

Berlin. Die verschärfte Asylgesetzgebung gilt früher als geplant. Die von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Neuregelungen wurden am Freitag im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Darin heißt es, dass sie in weiten Teilen am Tag nach der Verkündung – also am Samstag – in Kraft treten. Ursprünglich sollte das erst am 1. November der Fall sein. Bereits Anfang kommender Woche könnte es die ersten Massenabschiebungen von Geflüchteten geben.

Neben schnellerer Abschiebung von Schutzsuchenden sieht das Gesetz einen längeren Aufenthalt (bis zu sechs statt bis zu drei Monate) von Schutzsuchenden in Erstaufnahmestellen vor. Dort sollen sie möglichst nur Sachleistungen bekommen. Außerdem werden die drei Balkanstaaten Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftstaaten erklärt.

Zudem hat sich Schwarz-Rot im Grundsatz auf die Einrichtung von Transitzonen für Flüchtlinge an den deutschen Landgrenzen verständigt. Agenturen/nd Seiten 2 und 4

Zwanziger bestätigt schwarze Kasse

DFB-Rückendeckung für Niersbach

Dortmund. In der Affäre um die WM 2006 hat der frühere DFB-Präsident Theo Zwanziger erstmals die Existenz einer schwarzen Kasse bestätigt. Damit artet der Fall endgültig zur Schlammschlacht im größten Fußballverband der Welt aus. Zwanziger erklärte am Freitag im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«: »Es ist eindeutig, dass es eine schwarze Kasse in der deutschen WM-Bewerbung gab.« Zwanziger, früher auch Finanzchef des WM-Organisationskomitees, ging dazu noch seinen Intimfeind Wolfgang Niersbach frontal an. Es sei »ebenso klar, dass der heutige DFB-Präsident davon nicht erst seit ein paar Wochen weiß, wie er behauptet, sondern schon seit mindestens 2005. So wie ich das sehe, lügt Niersbach.«

Kurz vor Bekanntwerden von Zwanzigers Aussagen hatte das Präsidium des Deutschen Fußball-Bundes seinem amtierenden Chef ausdrücklich Rückendeckung gegeben. »Wir werden gemeinsam mit Wolfgang Niersbach den Weg der lückenlosen Aufklärung gehen«, sagte Vizepräsident Reinhard Raaball nach einer Sitzung in Dortmund. dpa/nd Seite 11